

Die Kosten des Umbaus



VON ROBERT BACHERT

Robert Bachert ist Finanzvorstand des Diakonischen Werkes Baden und Vorsitzender des Fachausschusses Finanzen der Liga der freien Wohlfahrtspflege für Baden-Württemberg.
E-Mail bachert@diakonie-baden.de

Das Stichwort der Inklusion beherrscht die Diskussion in zahlreichen Arbeitsfeldern der Sozialwirtschaft. So richtig das fachliche Konzept sein mag, vergessen dabei werden oft die daraus resultierenden Kosten für Leistungsträger und Leistungserbringer.

Der Gedanke der Inklusion von Menschen in der Gesellschaft, der sich u. a. in der UN-Behindertenrechtskonvention, aber auch im Koalitionsvertrag Baden-Württemberg wiederfindet, wird ausdrücklich befürwortet. Es ist allerdings anzuführen, dass Inklusion auch realisiert werden kann über ein Leben in einer stationären Einrichtung oder einer ambulanten Maßnahme.

Ziel muss es sein, unterschiedliche Wohn- und Betreuungsformen anzubieten. Oftmals bedingt dies die Weiterentwicklung von vorhandenen Leistungsangeboten und Einrichtungen oder die Schaffung neuer Angebote. Dafür sind Zeit sowie personelle und finanzielle Ressourcen nötig. Für kleine Träger bedeutet die konsequente Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention Wachstumschancen in der Region und für große Träger die Möglichkeit vom überregionalen Versorger zum Dienstleister vor Ort zu werden.

Es gibt in letzter Zeit viele missglückte und unverständliche Initiativen im Zusammenhang mit der Thematik der Inklusion (BeB aktuell Nr. 7/2011: S. 1). Um keine weitere Aktion in diesem Zusammenhang mit diesem Beitrag zu entfalten oder Missverständnisse zu erzeugen, soll eingangs klargestellt werden, dass es nicht um die fachkonzeptionelle Seite oder die Entwicklung neuer Angebote gehen soll, sondern darum aufzuzeigen, welche Kosten für die Anpassung der vorhandenen stationären Wohn- und Betreuungsangebote an die inklusionsorientierten Notwendigkeiten auftreten.

Der Beitrag will zur Versachlichung der Diskussion verhelfen und einen Systematisierungsvorschlag für die Ermittlung dieser Kosten liefern.

1. Kosten der Modernisierung

An erster Stelle sind bei den Kosten diejenigen zu nennen, die für die Modernisierung anfallen, um barrierefreien und bezahlbaren Wohn- und Lebensraum zu erstellen. Es gibt hier viele Gesichtspunkte, die zu einer personenzentrierteren Arbeit mit Menschen beitragen. Im weiteren Sinne gehört dazu auch die Heimbauverordnung, die beispielsweise 100 Prozent Einzelzimmer in einer stationären Einrichtung fordert. Jeder betreute Mensch hat also nach dieser Verordnung einen Anspruch auf ein Leben in einem Einzelzimmer. Die Verordnung lässt nur unter wirtschaftlichen, technischen oder konzeptionellen Bedingungen Ausnahmeregelungen zu.

Die Modernisierung der Angebote wird Umbaukosten von Gebäuden bei gleichbleibender Belegung hervorrufen. Es werden Kosten durch Belegungsrückgänge und im laufenden Betrieb Kosten für den Umbau anfallen. Die reinen Kosten (Baukosten: Gebäude und Ausstattung) pro neuem Platz (mittelfristig) in der Diakonie in Baden entstehen in folgender Höhe:

- Eingliederungshilfe: Kosten 80.000 Euro je Platz
- Anzahl 2.000 Plätze = 160 Millionen Euro

Insgesamt fallen für alle Hilfebereiche (Altenhilfe, Jugendhilfe und Eingliederungshilfe) bei vorsichtiger Schätzung allein in der Diakonie in Baden an reinen Baukosten für die Modernisierung 716 Millionen Euro an. Hinzu kommen Kosten der Dezentralisierung und Kosten für den Rückbau der Infrastruktur.

2. Kosten der Dezentralisierung und Kosten der Infrastruktur

Für die Verlagerung von zentralen Plätzen an dezentrale Standorte (»Dezentralisierung«) zur Schaffung gemeindeintegrierter Wohn- und Lebensformen werden folgende Kosten entstehen:

- Stilllegung von Gebäuden: Bei der Stilllegung von Gebäuden fallen Kosten für restliche Abschreibungen, ggf. Rückzahlung von Zuschüssen und Abrisskosten an.
- Kosten bis zur Stilllegung und
- Kosten bis zur Umwidmung

In der Diakonie in Baden wird dies vor allem im Eingliederungshilfebereich Kosten in Höhe von rund 35 Millionen Euro verursachen.

Die folgenden Kosten beispielsweise bei Komplexträgern, die auch Infrastruktur im engeren Sinne (Straßen, Stromerzeugungsanlagen, Kanalisation) auf Ihrem Gelände haben, sind darin nicht enthalten. Beispiele dafür sind:

- Kosten der Instandhaltung oder des Abbaus vorhandener Infrastruktur: Wasser, Straßen, Heizung, Kanalisation etc.
- Kosten für die Errichtung neuer Infrastruktur
- Kosten wegen neuer gesetzlicher Regelungen: Energieeinspargesetz, Brandschutz und Hochwasserschutz etc.

Die Frage der Kosten der Infrastruktur beschäftigt auch die Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg. In diesem Zusammenhang findet eine Komplexerhebung der Kosten statt, so dass bald belastbare und aussagekräftige Daten vorliegen.

Ausblick

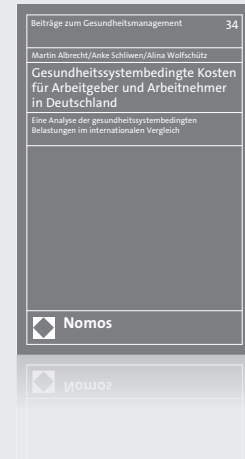
Die Kosten der Realisierung einer inklusionsorientierten Wohn- und Betreuungslandschaft in der Diakonie in Baden im Eingliederungshilfebereich werden mittelfristig bei den vorhandenen Einrichtungen und Diensten rund 195 Millionen Euro betragen. Diese Kosten fallen für die Modernisierung und Dezentralisierung an. Die Städte, Landkreise und Kommunen werden gebeten, hier ihren Beitrag zu leisten und auskömmliche Investitionsvereinbarungen mit den Anbietern zu treffen.

Die Diakonie ist bereit, über entsprechende Programme ihre Mitglieder bei diesem erforderlichen Umbau fachlich zu begleiten und finanziell zu unterstützen. So steht vom Diakonischen Werk Baden ein Darlehensfonds in Höhe von rund 50 Millionen Euro zur Verfügung, der gegebenenfalls durch Mittel von Banken aufgestockt werden kann.

Vor allem für den Abbau der Infrastruktur im engeren Sinne (Wasseraufbereitung, Kanalisation etc.) an Komplexträgerstandorten werden zusätzliche Gelder benötigt. Die Diakonie regt die Politik sowie Städte und Gemeinden an, die nötigen Gelder beispielsweise im Rahmen von Stadtentwicklungsprogrammen zusätzlich zur Verfügung zu stellen.

Daneben wäre eine gemeinsame Planung der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, des Landes und der Spitzenverbände der Stadt-, Landkreise und Kommunen angebracht, um das Investitionsvolumen in einem geordneten Verfahren zu planen und zu realisieren sowie über entsprechend ausgelegte Förderprogramme den Prozess finanziell zu unterstützen. ■

Lohnnebenkosten Gesundheit



Gesundheitssystembedingte Kosten für Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Deutschland

Eine Analyse der gesundheitssystembedingten Belastungen im internationalen Vergleich

Von Dr. Martin Albrecht, Anke Schliwen und Alina Wolfschütz

2012, 139 S., brosch., 18,- €
ISBN 978-3-8329-7249-3

(Beiträge zum Gesundheitsmanagement, Bd. 34)

Die Belastung der Arbeitgeber durch Lohnzusatzkosten wird in Deutschland seit Jahren als gravierendes wirtschafts- bzw. arbeitsmarktpolitisches Problem diskutiert. Die vorliegende Studie ermittelt die Höhe der Belastung der Arbeitgeber durch gesundheitssystembedingte Kosten und vergleicht sie zwischen Branchen sowie international.

www.nomos-shop.de/14403



Nomos